

Wenn Biobauer Paul Nennecke in seiner Scheune die Kartoffelrüttelmaschine anstellt, kann er sich ein Leben ohne die „Rote Emma“, „Hermann's Blaue“ oder das „Bamberger Hörnchen“ noch nicht recht vorstellen. Liebevoll sortiert er seine Kartoffelraritäten, klaubt sie mit seinen großen, zerfurchten Händen in braune Bioland-Papiertüten.

Über 20 Jahre lang hat der 57-Jährige auf seinem Hof in Fleckeby, hoch im Norden Schleswig-Holsteins, seltene Arten von Erdäpfeln angebaut. „Ich mach das furchtbar gern“, sagt er. „Aber jetzt fühle ich mich miserabel.“

Denn Ende des Jahres ist Schluss. Nennecke hat sein Pachtland verloren. Der Biobauer muss aufgeben.

Die ersten 30 Hektar gingen schon vergangenes Jahr an den Betreiber einer Biogasanlage. Der konnte einen deutlich höheren Preis zahlen, wegen der großzügigen staatlich garantierten Einspeisevergütung für Energiepflanzen. Wo einst die Rote Emma wuchs, steht nun Mais für die Energiewende.

Vor ein paar Monaten verlor Nennecke auch den Rest seines Landes. Seine Verpächterin hat die 30 Hektar an einen Konkurrenten vergeben, der ebenfalls Energiepflanzen anbauen will. „Die hoch subventionierte Agrargasproduktion“, schimpft er, „ist die reinste Gelddruckmaschine“ – und damit das Todesurteil für nachhaltige Landwirtschaft, für all das also, wofür er 40 Jahre lang gearbeitet hat.

Dem Ökopionier stehen die Tränen in den Augen, wenn er sein ehemaliges Land betrachtet. Der Mais ist abgeerntet, die Pflanzenstummel ragen aus dem braunen Boden, trostlos wie Soldatengräber. Nirgendwo ein grünes Pflänzlein, alles ist totgespritzt auf den Feldern, die der Biobauer in jahrelanger Arbeit entgiftet hatte.

Nun bleiben ihm nur noch der Vorruhestand und die Einnahmen des Reitbetriebs, den seine Frau betreibt.

Auf deutschem Boden ist der Kampf Bio gegen Bio ausgebrochen: Die Förderung nachwachsender Energie macht ausgerechnet Ökobauern wie Nennecke den Garaus. Obwohl der Markt mit der grünen Ware brummt, geben hierzulande rund 600 Biobauern pro Jahr auf. Oder wechseln gar zur konventionellen Landwirtschaft.

Der gnadenlose Preiskampf um die Flächen ist der wichtigste, jedoch nicht der einzige Grund für den Aderlass. Der Heißhunger nach Bioprodukten hat die Branche grundlegend verändert – und stellt deutsche Biobauern vor existenzbedrohende Probleme.

Nahezu ohnmächtig müssen sie zusehen, wie Billigimporte aus dem Ausland

Ökopionier Nennecke

„Ich fühle mich miserabel“



FOTOS: CHRISTIAN O. BRUCH / LAIF / DER SPIEGEL



Bio gegen Bio

Lebensmittel Die Nachfrage nach Bioprodukten steigt stetig, doch viele Ökobauern geben auf. Explodierende Landpreise, die Biogasförderung und Billigimporte haben die Branche in die Krise getrieben. Kann sich die Bewegung neu erfinden?

die Preise verderben. Wie Bioware in der Masse anonym wird und mit der Identität auch die Werte der Bewegung verschwinden. Wie Betrug und Skandale den Ruf der Branche verderben. Und wie daraufhin die Kontrollen derart überhandnehmen, dass die Landwirte in Bürokratie zu ersticken drohen.

Innerhalb weniger Jahre ist ein System, das einmal als Gegenentwurf zur industriellen Landwirtschaft angetreten war, von einer echten gesellschaftlichen Alternative zu einer alternativen Produktionstechnik geschrumpft. Heute sind große Teile der Branche dem Feindbild ähnlicher als der ursprünglichen Idee vom nachhaltigen Landbau.

Die Ökoproduzenten stecken in der Krise – und das zu einer Zeit, in der Bioware gefragt ist wie nie zuvor. Binnen zehn Jahren hat sich der Umsatz mehr als verdoppelt. 2013 stieg er um 7,2 Prozent auf 7,5 Milliarden Euro. Die Zahl der Biobetriebe aber nahm nur um zwei Prozent zu, die der ökologisch bestellten Fläche sogar nur um ein Prozent, meldet der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW).

Ein Mangel an Ackergrund ist besonders für Biobauern existenzgefährdend. Weil sie den Boden schonend bewirtschaften, Fruchtfolgen einhalten und keine Chemie benutzen, brauchen sie mehr Land, um einen ordentlichen Ertrag zu erzielen. Doch das wird knapp: Schon jetzt besetzen Energiepflanzen fast ein Fünftel des gesamten Ackerlands in Deutschland.

„Es ist der reinste Wahnsinn“, sagt Paul Nenneke. Nicht nur für ihn, sondern auch für die Umwelt. Weil die verwendeten Maissorten pestizidverträglich sind, wird gespritzt wie nie zuvor. Und die Gärrückstände der Biogasanlagen landen zusätzlich zu der Gülle aus der Massentierhaltung auf den Äckern und verpesteten das Grundwasser.

Die Bundesregierung hat den Systemfehler mittlerweile erkannt. In der im August in Kraft getretenen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde der Ausbau von Biogasanlagen gedeckelt. Doch der Schaden ist so schnell nicht zu beheben. Die Zusagen aus der Ökostrom-Förderung gelten für 20 Jahre.

Die Konkurrenz der Energiewirtschaft macht Probleme sichtbar, die in der Branche bisher achselzuckend ertragen wurden. Schon immer waren viele Biobauern der zahlreichen Kontrollen und praxisfremden Regelungen im Ökosektor überdrüssig. Doch nun nimmt das Ärgernis existenzbedrohende Ausmaße an.

Der Biogeflügelsektor sei „eindeutig überreguliert“, sagen die Hühnerhalter Claus und Babette Andresen. Die Selker Landwirte halten die meisten ihrer 8000



Kartoffelraritäten in Bioqualität

„Die hoch subventionierte Agrargasproduktion ist die reinste Gelddruckmaschine.“

Hühner der Rasse Amberlink in mobilen Hühnerställen, karren sie auf immer neue, frische Weiden. Scharrend und gurrend durchstreifen sie Maisfelder, die Andresen extra für sie angelegt haben, als Deckung vor Raubvögeln. Sie hüpfen an den Stängeln hoch, rupfen und hacken an den Kolben, bis die Leckereien fallen.

Der Anblick glücklicher Hühner sei den Mehraufwand wert, findet Claus Andresen. „Doch statt unsere Zeit mit den Tieren zu verbringen, sitzen wir die Hälfte der Zeit am Papierkram.“ Jeden Morgen muss akribisch notiert werden, wann genau die Hühner rauskommen. So etwas ist lästig; richtig ärgerlich aber ist die Vorschrift, dass alle Jungtiere ab dem Moment aus dem Stall gelassen werden müssen, sobald eines von ihnen das erste Ei gelegt hat. Vielen Artgenossen fehlt dann noch das notwendige Gewicht, das das Legen auslöst. „Wenn sie frei rumlaufen, können wir sie nicht gezielt füttern, der Legebeginn verzögert sich“, sagt Andresen.

Neue Regeln waren Anfang des Jahres auch für etliche Bioviehhalter der Grund zum Aufgeben. Ab Januar wurde es ihnen verboten, Kühe im Stall anzubinden. Viele Landwirte konnten es sich schlicht nicht leisten oder hatten nicht genügend Platz, Laufställe für den Winter zu bauen.

Ein weiterer Grund für die sinkende Attraktivität des Biolandbaus sind die Betrügereien, die den Ruf der Branche zusehends ruinieren. Wenn man nicht mehr zu den Guten zählt – warum soll man sich dann plagen?

Verlockend wird der Aufstieg zusätzlich durch die steigenden Preise für konventionelle Ware. Die grüne Wirtschaft, die lange Zeit deutlich bessere Margen erwirtschaftete als der industrielle Landbau, lohnt sich nicht mehr. Erstmals seit der Jahrtausendwende verdiente ein Ökolandwirt 2012/13 im Durchschnitt weniger als ein konventioneller Bauer,

knapp sechs Prozent. Was ist geschehen, dass ein hochwertiges Produkt trotz starker Nachfrage nicht mehr genügend abwirft?

So absurd es klingt: Die Branche ist zum Opfer des eigenen Erfolgs geworden.

Alles begann 2001 mit Renate Künasts Kampfschrei „Bio für alle“. In einem zähen Kraftakt gelang es der damaligen grünen Landwirtschaftsministerin, den Ökolandbau aus der Jute-statt-Plastik-Ecke zu holen. Die Regierung Schröder gab ein ehrgeiziges Ziel vor, das deutlich verfehlt wurde: 20 Prozent der Fläche sollte bis 2010 biologisch bewirtschaftet werden.

Künast startete ein Förderungsprogramm, führte das staatliche Biosiegel ein, finanzierte eine millionenteure Imagekampagne für Bioprodukte.

In kurzer Zeit wurden die Grün-Waren gesellschaftsfähig. Die Branche entwickelte professionelle Strukturen: Produzenten schlossen sich zusammen, neue Absatz- und Vertriebswege wurden geschaffen, Marketingkonzepte geschrieben. In den Städten schossen Bioketten und -supermärkte aus dem Boden: kein Szeneviertel ohne Denn's oder Alnatura, Basic oder Bio Company. Große Ketten wie Edeka oder Rewe kreierten eigene Biolinien.

Irgendwann standen auch die Discounter vor der Tür.

Keiner mag heute mehr zugeben, wer den Sündenfall begangen hat. Der Legende nach war es ein Betrieb des Biolandverbands, der erstmals im großen Stil Kartoffeln an Aldi lieferte. Heute gibt es in fast allen Billigmärkten Regale mit ökologisch angebautem Gemüse oder Obst.

Was aussah wie der lang ersehnte Durchbruch zum „Bio für alle“, wandelte sich zum Fluch. Die Ökobranche, einst Hoffnungsträger für eine ressourcenschonende Landwirtschaft, lief mit Volldampf in die Konventionalisierungs-falle.

Denn der Markt verlangt Masse – und das geht auf Kosten der Werte und Ideale eines Systems, das einmal als Antimodell gestartet war zu einer Agroindustrie, die in Land und Tier kaum mehr sieht als leicht auszubeutende Produktionsmittel.

Je stärker der Nachfrage- druck wurde, umso mehr rückte die Biolandwirtschaft von ihrer Grundidee ab. Wer Bio in Masse produziert, entfernt sich zwangsläufig vom Ideal des kleinbäuerlichen Betriebs mit glücklichen Hühnern, Schweinen und Kühen, deren Mist in Kreislaufwirtschaft die Äcker düngt. Viele Betriebe sind





heute spezialisiert, Tierhaltung und Pflanzenanbau entkoppelt.

Der Prototyp des modernen Bio sieht heute aus wie KTG Agrar: eine Aktiengesellschaft europäischen Rechts mit 40000 Hektar konventionellem sowie biodynamisch bewirtschaftetem Ackerland und einem Firmensitz in feinsten Hamburger Citylage. KTG betreibt außerdem Biogasanlagen, eine Tiefkühlkostfirma, mehrere Veredelungsbetriebe für Lebensmittel und Energieholzplantagen.

Die Aktiengesellschaft bewirtschaftet gewaltige Flächen in Mecklenburg-Vorpommern und Litauen, zur Hälfte konventionell, zur Hälfte biologisch, nach den Regeln der EU-Ökoverordnung. Das Unternehmen ist Europas größter Anbieter von ökologischen Marktfrüchten. „Die großen Flächen ermöglichen die Produktion großer homogener Mengen. Diese werden von den Lebensmittelverarbeitern benötigt, um eine gleichbleibend hohe Qualität ihrer Produkte zu gewährleisten“, so KTG. Gerade hat die Firma eine Anleihe an den Markt gebracht, das Biowertpapier III mit einem Festzins von 7,25 Prozent.

Bio als Finanzprodukt: Was als Alternative zur industriellen Landwirtschaft begonnen hatte, ist vielerorts zur Kapitalanlage geworden.

Was auch damit zu tun hat, dass viele konventionell wirtschaftende Bauern den Wachstumsmarkt geentert haben. Weil die Margen bei Bio lange Zeit besser waren, wimmelte es plötzlich von Akteuren, für die Biolandbau nur eine andere Variante war, Geld zu verdienen. Während sich die Ökopioniere noch den strengen, selbst entwickelten Regeln der Anbauverbände Demeter, Bioland, Naturland oder Gäa verschrieben hatten, genügten diesen neuen Biobauern die Minimalvorschriften des seit 2009 gültigen EU-Biosiegels.

„Die Bedeutung der Anbauverbände als Träger der ideellen Basis droht zu schwinden“, sagt Ruth Bartel-Kratochvil vom Forschungsinstitut für Biologischen Landbau in Wien. Tatsächlich steigt die Zahl der Betriebe, die keinem Verband mehr angeschlossen sind. Und immer mehr Höfe betreiben Biolandwirtschaft parallel zur konventionellen. Aus einer Vision ist ein betriebswirtschaftliches Kalkül geworden.

Manchen Biobauern geht es nicht mehr darum, wie sie ein Produkt herstellen. Wichtig ist nur noch, ob es den gesetzlichen Anforderungen genügt, etwa ob es pestizid- oder antibiotikafrei ist. Statt Umweltschutz und Tierwohl reizen Wellness- und Gesundheitsargumente zum Kauf.

Die Qualitätsstandards der konventionellen Landwirtschaft haben Einzug in den Biohandel gehalten. Statt der fleckigen

Hühnerhalter Andresen

Die Hälfte der Zeit mit Papierkram beschäftigt



Gemüseanbau in Almería, Spanien: Biotomaten werden unter Dach gezogen und quer über den Kontinent gekarrt

gen Äpfel und des eigenwillig gewachsenen Gemüses, das man noch im Sortiment der ersten Bioläden fand, ist die heute feilgebotene Bioware äußerlich nicht mehr von standardisierten herkömmlichen Produkten zu unterscheiden. Die krumme Gurke wird auch im Regal der schicken Biosupermärkte aussortiert.

Was nicht selten das Ende für die alteingesessenen Biopioniere bedeutet.

Wiebke Ohrt war als Studentin die Ökogebruchshelferin im Hamburger Stadtteil Bergedorf. Anfang der Achtzigerjahre, als die Grünen aufkamen und der Anti-AKW-Kampf tobte, gründete sie zusammen mit ihren WG-Genossen den ersten Bioladen.

Anfangs mussten sie die meisten Waren aus dem Ausland ordern, weil es hierzulande noch kaum Ökobauern gab. Im Laufe der Zeit wurde „Milch & Honig“ zur Institution im Quartier. Man traf sich, zum Schwatz, zum Politisieren und Anbandeln. „Freundschaften sind dort entstanden, es war ein Begegnungszentrum“, sagt Ohrt. Als der Laden Ende 2013 schloss, betrauerte die *Bergedorfer Zeitung* „Das Ende einer Ära“.

Gekommen war es in Form des Biosupermarktes Denn's, der 700 Meter entfernt eröffnet hatte. Denn's ist die Kette von Deutschlands Biogroßhändler Nummer eins, Dennree. Sie wurde als Reaktion auf Supermärkte wie Rewe und Edeka gegründet, die mit eigenen Biolinien den Markt erobern wollten. „Die Großhändler, die wir groß gemacht haben, machen uns nun kaputt“, sagt Wiebke Ohrt. Sie schloss schweren Herzens, und der Stadtteil verlor ein Stück Heimat.

Bio ist heute ein hart umkämpfter Massenmarkt – mit all seinen Nebenwirkungen. Im Kampf um höhere Marktanteile und niedrige Produktionskosten verraten manche Biobauern sogar das höchste Biogut, das Tierwohl.

Die Zentralstelle für Landwirtschaftsstrafsachen im niedersächsischen Oldenburg führte vergangenes Jahr bundesweit gegen mehr als 330 Landwirte Vorermittlungen durch. Ihnen wird vorgeworfen, in ihren Ställen deutlich mehr Legehennen untergebracht zu haben als erlaubt.

Unter ihnen sind auch Biohöfe, für die besonders strenge Regeln gelten. Während

in einem konventionellen Stall neun Hennen auf einem Quadratmeter Stallfläche gesperrt werden, teilen sich auf Biohöfen allenfalls sechs den Platz. Außerdem sind eigentlich maximal 3000 Legehennen pro Stall erlaubt. Doch findige Hühnerhalter umgehen diese Vorschrift, indem sie mehrere Einheiten wie Reihenhäuser aneinanderbauen. Biohöfe mit 15 000 Tieren sind keine Seltenheit.

Zudem werden die Hennen vielfach auf engstem Raum zusammengepfercht. Aus Unterlagen, die die Staatsanwälte sicherstellten, geht hervor, dass manche Bioställe um bis zu 50 Prozent überbelegt waren. Weil die Tricks zudem mit heimlichen Umrechnungstabellen getarnt wurden, handelt es sich nach Einschätzung der Ermittler um gewerbsmäßigen Betrug. Für Millionen Verbraucher heißt das: Sie haben viel Geld für teure Lebensmittel ausgegeben, die eigentlich nicht in den Handel hätten gelangen dürfen.

Das größte Verfahren steht noch bevor: Die Staatsanwaltschaft will Heinrich Tiemann anklagen, ausgerechnet. Der Großproduzent von Bioeiern aus dem nieder-

FOTO: GETTY IMAGES

sächsischen Twistringern galt in der Branche lange als Pionier, der die Massentierhaltung mit den Ansprüchen des ökologischen Landbaus versöhnt hat. Aus seinen Ställen in Nord- und Ostdeutschland kommen schätzungsweise mehr als eine halbe Million Bioeier – jeden Tag.

Die Ermittler legen Tiemann und seinen Mitarbeitern mehr als 3000 Fälle zur Last, in denen die Ställe gezielt überbelegt worden seien. Der drohende Prozess könnte Einblicke erlauben, wie biologische und konventionelle Massentierhaltung verzahnt werden. Viele der Abrechnungsunterlagen fanden die Ermittler nämlich nicht nur auf den Höfen von Tiemann, sondern in der Zentrale des Konzerns Deutsche Frühstücksei, einem der größten konventionellen Eierverkäufer Europas. Angeblich steht das Unternehmen hinter den Biofarmen. Sowohl dessen Geschäftsführung als auch Tiemann mögen sich dazu nicht äußern.

Peinlich dürfte die Aufarbeitung auch für den Naturland-Verband werden, einen der Ökoverbände, die damit werben, wesentlich strengere Regeln zu haben als die gesetzlichen Vorschriften. Doch Tiemann war für die Organisation eine nicht unerhebliche Einnahmequelle. Der Naturland-Verband kassiert von seinen Mitgliedern neben einem Beitrag auch Lizenzgebühren für die Nutzung des Logos. Je mehr Verpackungen in den Handel gelangen, umso höher sind die Einnahmen für die Ökofunktionäre.

Die Naturland-Berater, die der Verband zur Unterstützung der Bauern zu den Höfen schickt, wollen nichts von einer Überbelegung bemerkt haben, versichert Naturland. Die vermeintlichen Missstände wurden durch Ökokontrollure entdeckt, die für den Verband die Ställe zertifizierten. Allerdings informierten die Prüfer weder die Behörden, noch verweigerten sie die Kennzeichnung mit dem Ökosiegel. Wen wundert es: Die Bauern beauftragen ihre Kontrollure schließlich selbst. Wer zu viel Ärger macht, könnte schon im nächsten Jahr seinen Auftrag verlieren.

Dieses Problem der privatwirtschaftlich geführten Kontrollstellen belastet die Branche schon seit Jahren. Noch größer aber sind die Defizite in vielen europäischen Nachbarländern, die in zunehmendem Umfang Bioware nach Deutschland verkaufen.

Christine Meisinger von der Europäischen Kommission hat die Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten unter-



Wenn Kunden die Hühner im Freien scharren und picken sehen, bezahlen sie gern einen Aufpreis.

sucht – und erhebliche Missstände gefunden. Besonders schlecht schnitten Portugal, Rumänien und Italien ab. 2011 flog ein gigantischer Betrug von Bioproduzenten aus Italien und Rumänien auf. Ein Fälscherring hatte jahrelang konventionelle Ware im Wert von insgesamt 220 Millionen Euro als Bio verkauft.

„Es gibt innerhalb der EU signifikante Unterschiede in der Qualität und Intensität der Inspektionen“, so Meisinger. In manchen Ländern sind Kontrolleure am Werk, die nicht von der EU zertifiziert sind. Trotzdem hat kein Mitgliedstaat seit 2007 sein Kontrollsystem geändert. Außerdem gewähren verschiedene Länder Ausnahmen. So ist es mancherorts erlaubt, Rindern die Hörner zu entfernen oder sie mit konventionellem Futter zu versorgen. Wer weiß, was sonst noch – eine Übersicht über die Sonderregeln gibt es nirgendwo.

Dringend nötig wären deshalb strenge Importkontrollen – doch die finden laut Meisinger so gut wie nicht statt. Nahezu ungehindert überwindet unzureichend geprüfte EU-Bioware die Grenzen auch nach Deutschland – und das in Massen.

Weil im Handel der Preiskampf tobt, wird immer mehr Bioware aus dem Ausland geholt, wo billiger produziert wird. Von 2009 bis 2012 legten Bioimporte allein bei Getreide um 37 Prozent zu. Rund zehn Prozent der Bioeier und die Hälfte aller Äpfel stammen nach Angaben der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI) aus dem Ausland. Bei Getreide liegt der Anteil bei einem Fünftel – ein großer Teil davon kommt aus Ungarn, Rumänien, der Ukraine. Zu kaufen gibt es Tomaten aus Israel, Frühkartoffeln aus Ägypten, Soja aus China, Brasilien und Indien.

Die Biotomate, die der umweltbewusste Kunde in den Supermärkten wählt, stammt in den seltensten Fällen vom Hof nebenan. Kon-

kurrenzlos billig wird sie im spanischen Campo de Almeria angebaut – unter riesigen Kunststoffplanen, genau wie herkömmliche Ware. Nirgendwo hat die moderne Agrarwirtschaft einer Landschaft schlimmere Narben zugefügt als im größten überdachten Gemüseanbaugbiet der Welt. Ein Meer aus weißem Plastik überdeckt eine Fläche so groß wie der Gaza-Streifen.

Der Wahnsinn begann Anfang der Siebzigerjahre, als dort immer mehr Landwirte auf die Idee kamen, Pflanzen und Boden vor Regen und Wind und vor Austrocknung durch die sengende Sonne zu schützen. Eine Generation dauerte es, bis 35 000 Hektar überdacht und Boden und Grundwasser durch Überdüngung verseucht waren. Rettung erhofften sich viele vom Wechsel auf Bioanbau.

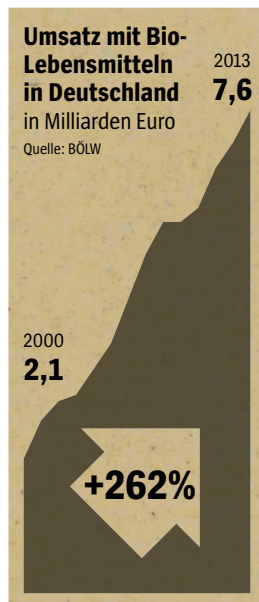
Einer der größten Ökoproduzenten ist Bio Sol, ein vor 14 Jahren gegründetes Unternehmen, 30 Kilometer nordöstlich von Almeria. Bio Sol wirtschaftet auf rund hundert Hektar und liefert nach Großbritannien, in die Schweiz und nach Deutschland. Den Arbeitern bei Bio Sol bleibt der Umgang mit den giftigen Pestiziden erspart, ansonsten jedoch arbeiten sie unter ähnlich harten Bedingungen wie ihre Kollegen in den konventionellen Treibhäusern.

„Für die Arbeiter hier macht es keinen Unterschied, ob sie für einen Bio- oder einen herkömmlichen Betrieb arbeiten“, sagt Laura Góngora, Anwältin im Dienste der Landarbeitergewerkschaft SOC. Vor drei Jahren hat sie Bio Sol verklagt. Es ging um die Praxis, ältere Arbeiterinnen zu entlassen, um noch billigere, jüngere einzustellen. Es ging auch um fragwürdige Gehaltsabrechnungen: Für 30 Tage Arbeit waren teilweise nur 377 Euro gezahlt worden. „Das Gemüse, für das die Leute schuften, heißt jetzt zwar Bio, aber die Umstände der Produktion ignoriert das Siegel völlig“, sagt Góngoras Kollege Spittou Mendy.

Bio Sol bestritt die meisten Vorwürfe, schloss allerdings auf Druck der Schweizer Supermarktkette Co-Op einen Vertrag mit der SOC. Einige entlassene Arbeiterinnen wurden wieder eingestellt, andere bekamen feste Verträge. Wie es in den heißen Gewächshäusern aussieht, wissen nicht mal die Gewerkschafter genau. Dort schaffen meist afrikanische oder osteuropäische Tagelöhner, zu einem Lohn um die 35 Euro pro Tag, sagt Mendy.

So wird in Almeria unter dem Etikett der ökologischen Landwirtschaft das Recht auf faire und sozial gerechte Arbeitsbedingungen missachtet, genauso wie die Erhaltung des Landschaftsbilds.

Statt die Produkte regional zu verkaufen, werden die Tomaten, Gurken, Artischocken mit Lastern quer über den Kon-



Das Märchen vom Geiz

Marketingexperten empfehlen der Biobranche eine neue Preisstrategie.



Junge Milchkühe

Es ist das ewige Klagelied der deutschen Ökobauern: Ihre Produkte seien zu teuer, um mit konventioneller Ware oder Import-Bioprodukten zu konkurrieren. Das klingt so einleuchtend, dass kaum jemand wagt, dagegen zu argumentieren.

Doch Professor Ulrich Hamm, Leiter des Fachgebiets Agrar- und Lebensmittelmarketing an der Universität Kassel, kann das Gejammer nicht mehr hören.

„Geiz ist geil“ ist ein Märchen, das seit Jahren erzählt wird“, ereifert sich der Wissenschaftler. Zugegeben: Es gibt eine Schere zwischen der Einstellung der Kunden und ihrem Verhalten. Bei Befragungen geben viele an, Bio-waren zu kaufen. Doch vor dem Regal greifen sie dann doch oft zu günstigeren Lebensmitteln.

Der Grund dafür ist nicht allein Knauserigkeit. Nach Meinung von Hamm haben es die deutschen Biohersteller versäumt, die Vorzüge ihrer Waren den Kunden nahezubringen. „Warum sollte jemand mehr für ein Produkt bezahlen, wenn er den Mehrwert nicht kennt?“, sagt Hamm.

Zusammen mit seinem Team hat er viele Untersuchungen darüber erstellt, was potenziellen Käufern wichtig ist. Auf Platz eins landete der Wunsch nach „regionalen Produkten“. Dicht dahinter folgt „artgerechte Tierhaltung“, eine „geringe Schadstoffbelastung“ und „wenig Zusatzstoffe“. Auch

dass die Ware fair gehandelt wird und die Artenvielfalt fördert, ist wichtig. Lauter Eigenschaften der heimischen Ökoproduktion also. Nur: Im Supermarkt liegt die politisch korrekte Biogurke aus dem Nachbarhof neben der unter Plastik hergestellten und durch ganz Europa gekarrten Biogurke aus Spanien. Beides Bio – und doch liegen Welten dazwischen.

„Wir brauchen mehr Mut zur Produkt- und Preisdifferenzierung bei Biolebensmitteln“, sagt Hamm. Seine Untersuchungen ergaben: Die Zahlungsbereitschaft der Käufer wird unterschätzt. „Es gibt den Willen, für zusätzliche Produktattribute mehr zu bezahlen. Doch das Öko-Plus muss kommuniziert werden.“

Ein gutes Beispiel dafür ist die sogenannte Bruderhahninitiative engagierter Biopioniere. Bisher war es üblich, alle männlichen Küken auch in der Ökolegehennenzüchtung sofort nach dem Schlüpfen zu töten. Nun ziehen die Betriebe, die bei der Aktion mitmachen, die Hähne bis zur Schlachtreife auf. Die Kosten dafür decken sie mit einem Aufschlag auf die Eier. Das Ergebnis: Vier Cent mehr pro Ei bezahlen die Kunden bereitwillig, um das nutzlose Töten zu beenden.

Auch eine extensive Mutterkuhhaltung wird vom Käufer honoriert. Dabei wird das Kalb nicht gleich nach der Geburt von der Mutter getrennt, sondern bleibt fünf bis zehn Monate

bei ihr, läuft auf der Weide und trinkt deren Milch. Den Käufern ist diese natürliche Haltung einen gehörigen Aufpreis wert. 30 bis 40 Prozent mehr bezahlen sie für entsprechendes Fleisch, fand Hamm heraus. Fast das Doppelte wird hingeblättert für das Fleisch von Ferkeln, die bei der Kastration betäubt wurden. Voraussetzung dafür war, dass die Kunden darüber aufgeklärt wurden, wie Ferkel üblicherweise kastriert werden.

„Kunden zahlen für Genuss ohne schlechtes Gewissen“, sagt Hamm. Rinder, die per Kugelschuss auf der Weide getötet werden, anstatt einen langen Weg zusammen mit unbekannten Artgenossen im engen Viehtransporter zurückzulegen; Tiere und Futter, die aus der Region stammen; Eier von Hühnern, die auf frischen Weiden scharren: All das sind Zusatzattribute, die sich in klingender Münze auszahlen – wenn man darüber redet.

„Unsere Ergebnisse sind seit Jahren konträr zu der landläufigen Meinung der Bioproduzenten“, sagt Hamm. „Aber die Produzenten, die unseren Empfehlungen gefolgt sind, waren durch die Bank weg erstaunt, dass die Verbraucher die hohen Preise tatsächlich bezahlt haben.“ So ist er sich sicher: „Es mangelt vor allem an Kommunikation.“

Experten wie Hamm raten der Branche deshalb zu besserem Marketing: Sorgfältig ausgebildete Verkäufer, die Storys zu ihren Produkten und deren Herstellung erzählen können. Schau tafeln, Fotos und Videos, die Kunden im Laden informieren.

Manchmal genügt auch eine pfiffige Idee. Drei Landwirte aus der Nähe von Hamburg, „De Öko Melkburen“, vertreiben erfolgreich Jahreszeitenmilch. Der Kunde erfährt, wo sich die Kühe in jeder Jahreszeit aufhalten, was sie fressen und wie sich das geschmacklich auf die Milch auswirkt. 1,49 Euro können die Bauern für einen Liter erzielen.

Verkaufsgedanken wie diese gibt es laut Hamm noch viel zu wenige. Biobauern müssten lernen, Markenartikler zu werden, die Kunden emotional für ihr Produkt zu begeistern, meint er. Entscheidend seien schließlich nicht nur objektive Qualitätsunterschiede, sondern das, was subjektiv wahrgenommen wird. Michaela Schießl

tinent gekarrt. Übrig bleibt, dass keine Pestizide in die Nahrung gelangen.

Genügt das?

Für die Vorgaben von EU-Bio genügt das – sehr zum Kummer des grünen EU-Parlamentariers und gelernten Biobauern Martin Häusling. Seine Milchkühe auf dem Familienhof nahe Kassel – nun hauptsächlich betreut von seinem Sohn – laufen frei herum. Sie hören auf ihren Namen, kommen angelaufen, um sich kraulen zu lassen, am liebsten am Kopf.

Häusling hält seine schwarzbunte Herde nach den Verbandsrichtlinien von Bioland, die deutlich strenger sind als die Minimalstandards der EU-Ökoverordnung. Doch den Mehrwert kann er kaum noch realisieren. „Wenn der Preis für Biomilch nur fünf bis acht Cent über dem konventioneller Milch liegt, kann man davon nicht leben“, sagt er. „Unsere Kühe haben Weidegang, liegen auf Stroh, fressen Biokraftfutter aus der Region statt billigem Soja und US-Mais – das sind doppelte Kosten.“ Die kriegt er nur rein, weil er die Milch zu Käse veredelt und im eigenen Hofladen verkauft.

Der Markt, so sagt er, sei durch Billig-Bio verdorben, die Ware anonym geworden. „Das Problem ist, dass nur noch das Endprodukt betrachtet wird und nicht mehr das, was Bio ursprünglich ausmacht, nämlich der Prozess der Herstellung, mit all seinen positiven Auswirkungen für Mensch, Umwelt und Tier.“ Dieser Trend, so fürchtet er, könnte sich nun noch verstärken. Als Reaktion auf die Bioskandale plant die EU-Kommission eine Totalrevision ihrer Bioverordnung. Die Vorlage, die im März veröffentlicht wurde, hat das Potenzial, noch mehr Bauern aus dem Ökolandbau zu vergraulen.

Die gravierendste Neuerung soll sein, dass die Grenzwerte für Pestizide und gentechnische Verunreinigungen in Biowaren drastisch verschärft werden. „Die Produkte sollen so rein sein wie Babykost, mit einem Grenzwert nahe null“, klagt Häusling. „Aber Biolandwirte arbeiten halt nicht unter der Käseglocke.“ Biobauern in Deutschland wirtschaften direkt neben konventionell arbeitenden Landwirten – und damit kann man den Grenzwert null nur äußerst schwer erreichen.

Im ungünstigen Fall kann bei viel Wind auch schon mal eine Prise Spritzmittel auf das benachbarte Biofeld abdriften. Und schon ist der Weizen kontaminiert. Und dafür sollen nun die Ökos geradestehen? „Das kann doch nicht sein, dass der Biolandwirt für den Schaden büßt, den sein konventioneller Nachbar verursacht hat“, sagt Häusling.

Obwohl Biobauern dafür sorgen, dass keine Chemie in der Landschaft ist, würden sie doppelt bestraft: Erst müssten sie die Kosten der Analysen tragen und dann



Energiepflanzen besetzen fast ein Fünftel des gesamten Ackerlands in Deutschland.

den Gewinnausfall, falls Ware verunreinigt wurde. Damit würde „die Bioerzeugung zum untragbaren Unternehmensrisiko, viele Betriebe müssten aufgeben“, urteilt Martin Rombach von der Konferenz der Kontrollstellen.

Und auch die im EU-Papier vorgesehene Abschaffung aller Ausnahmeregelungen versetzt die Ökoakteure in Wallung. Wie soll man die Vorschrift umsetzen, nur Ökosaatgut, Ökofutter oder Ökonachzucht zu verwenden, wenn schlicht nicht genug davon auf dem Markt ist? Und wie soll ein Bauer, der von konventionell auf Bio wechselt, die dreijährige Umstellungsphase überstehen, wenn er die Umstellungsware nicht mehr als solche verkaufen darf?

Besonders umstritten ist die Idee, die Branche in Zukunft nur noch von der staatlichen Lebensmittelkontrolle überwachen zu lassen. „Die haben schon jetzt im konventionellen Bereich zu wenige Kontrolleure“, sagt Häusling. Er bezweifelt, dass das aufwendige Bio-Monitoring in staatlicher Hand kompetenter durchgeführt würde. Stattdessen fordert er eine stärkere staatliche Überwachung der Kontrollstellen.

Für ihren Kampf gegen den EU-Vorschlag hat die Biobranche viele Verbündete gewonnen. Agrarforscher und die Lebensmittelwirtschaft, Politiker, Umwelt- und Verbraucherschützer ziehen Seite an Seite mit den Ökolandwirten ins Feld. Selbst der traditionelle Gegenspieler der Bios, der mächtige Deutsche Bauernverband, hat sich eingereicht und fordert von der Politik, den Plan zu kippen.

„Dieser Kommissionsentwurf wird den Ökolandbau nicht stärken, sondern er wird ihn schwächen – und das können wir nicht zulassen!“, sagt Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). Die Vorschläge der Kommission seien „stark verbesserungsfähig“.

In Brüssel organisiert er den Widerstand unter den

Agrarministern, der EU-Rat arbeitet bereits an einem Gegenentwurf.

Genauso wie das Parlament: Die EU-Abgeordneten haben Martin Häusling beauftragt, einen eigenen Entwurf zu schreiben, in dem die Ökoverordnung nicht total revidiert, sondern weiterentwickelt wird.

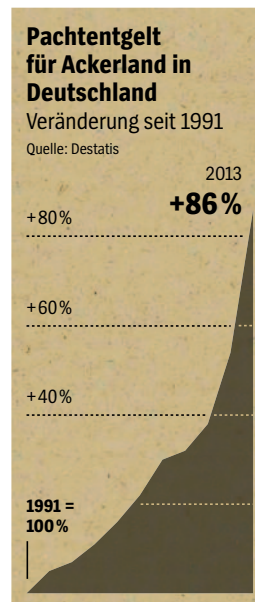
Zentraler Punkt darin wird die Verbesserung und Vereinheitlichung der Kontrollsysteme sein: „Alle EU-Staaten müssen die gleichen Vorgaben erfüllen, Produktion und Handel muss lückenlos rückverfolgbar und transparent sein“, so Häusling. Auch Ware aus Drittstaaten soll nur noch über die Grenzen kommen, wenn sie in Zukunft besser und umfangreicher von EU-anerkannten Zertifizierern geprüft wurde. Außerdem müssen die geplanten Babynahrungsgrenzwerte vom Tisch.

Doch selbst wenn der kollektive Widerstand erfolgreich sein sollte, für die Bauern wäre das ein schwacher Trost. Erst 2016 wird über die endgültige Fassung abgestimmt. Wer soll bis dahin an Umstellung denken, wenn so wenig Planungssicherheit besteht?

Mit Absichtserklärungen der Politik haben die Biobauern ihre Erfahrungen gemacht – etwa, was die Ökoprämie angeht. Muss ein Bundesland sparen oder kommt eine andere Regierung an die Macht, werden die zugesagten Förderbeträge schnell mal geschrumpft. Brandenburg etwa strich die Umstellungsförderung zwischen 2011 und 2013 ganz. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein dagegen sind derzeit grüne Landwirtschaftsminister im Amt – und haben die Ökoprämien deutlich angehoben. Doch schon bei der nächsten Wahl kann sich das wieder ändern. Während die Garantien für die Biogasanlagen für 20 Jahre gelten, sind Biobauern dem ständig wechselnden politischen Willen ausgeliefert.

Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des Bundes Ökologischer Lebensmittelwirtschaft, ist das ewige Bitten um Betteln um eine angemessene Ökoprämie leid. „Es geht doch nicht darum, wer am meisten abgreift, sondern wo wir hinwollen.“ Für den Mann, der das Hofgut Habitzheim im südhessischen Otzberg betreibt, ist die Richtung klar: Eine Agrarwende muss her, die Abkehr von der agroindustriellen Produktion. Denn die zerstört nicht nur die Natur, ihre Nebenwirkungen kosten die Bürger jede Menge Geld.

Acht Milliarden Euro pro Jahr gibt der Staat allein dafür aus, die Nitratbelastung des Wassers zu reduzieren.



Ursache dafür sind die vielen Tonnen Kunstdünger und Gülle, die ausgebracht werden und ins Grundwasser oder in Flussläufe sickern. In Gegenden mit riesigen Ställen wie im Landkreis Cloppenburg, wo mehr Schweine als Menschen leben, kommen die Wasserwerke kaum mehr gegen die Verschmutzung an.

Das Gülleproblem treibt außerdem die Landpreise in die Höhe, denn Nutztierhalter müssen Ausgleichsflächen vorweisen, auf denen sie den Mist loswerden. Große Tierfabriken zahlen fast jeden Preis, um die Gülle möglichst nah ausbringen zu können. Allein im Landkreis Emsland fehlen 8000 Hektar Ackerland zur Fäkalienentsorgung. Verschärft wird das Problem durch die Gärrückstände aus den Biogasanlagen.

Die Nährstoffüberschüsse verursachen auch großräumig Schäden: Jedes Jahr werden eine Million Tonnen Stickstoff und 35 000 Tonnen Phosphat in die Ostsee gespült. Im Meer bilden sich dadurch tote Zonen, in denen kaum noch Leben existiert.

Schädlingsbekämpfungsmittel und Unkrautgifte beeinträchtigen Bodenleben und Humusbildung. Das vermindert die Fähigkeit der Äcker, Wasser zu speichern. So werden sie anfälliger für Austrocknung und Abschwemmung. Die Intensivierung der Landwirtschaft ist die Hauptursache für das Artensterben in Deutschland, analysierte eine Studie des Michael-Otto-Instituts. Die Bestände von 15 der 20 typischen Brutvögel in landwirtschaftlich genutzten Lebensräumen haben sich kontinuierlich reduziert. Einige Blütenpflanzen büßten seit den Fünfzigerjahren mehr als 99 Prozent ihres Bestands ein.

Zu alledem gilt die Landwirtschaft mit ihrer Massentierhaltung und ihrem Ressourceneinsatz als Klimakiller. Laut Bundesumweltamt ist sie mit 7,7 Prozent ein maßgeblicher Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland.

„Angesichts dieser verheerenden Bilanz müsste die Politik schon aus Kostengründen ein Interesse daran haben, die Marktchancen der Ökobauern zu verbessern“, sagt Prinz zu Löwenstein. Denn Biobewirtschaftung könnte die ökologischen Folgekosten der Landwirtschaft um etwa ein Drittel senken, so eine Studie des Forschungsinstituts für Biologischen Landbau (FiBL) für Österreich.

Ressortchef Schmidt zeigt sich für solche Vorschläge durchaus offen. „Ich möchte nicht nur die Ökobetriebe in der Produktion halten. Ich möchte neue Ökobetriebe hinzugewinnen!“ Allerdings möchte er auch mehr vom Gegenteil: Er setzt sich für eine Steigerung der überwiegend kon-



EU-Abgeordneter und Biobauer Häusling

„Wir arbeiten nicht unter der Käseglocke“

ventionellen Agrarexporte ein, die hierzulande die Umwelt schädigen.

Bio bleibt ein Stiefkind. Auch im Zeitraum 2014 bis 2020 werden die Milliardenbeträge, die von der EU für die deutsche Landwirtschaft ausgegeben werden, praktisch ohne weitere Gegenleistung mit der Gießkanne verteilt. Je größer ein Hof ist, desto mehr Mittel bekommt er, für die gezielte Förderung von Umweltleistungen – wie dem Ökologischen Landbau – bleiben dann nur noch schmale Restposten.

Das setzt nicht nur falsche Anreize, es entspricht auch nicht mehr den Wünschen der Bürger, die eine Agrarwende für notwendig halten. Doch damit Bio konkurrenzfähig ist, müsste erst einmal das Spielgeld gegeben werden. Der jetzige Wettbewerb ist nicht fair.

Denn die wahren Kosten der konventionellen Landwirtschaft spiegeln sich nicht im Preis der Ware wider. Schweinekotelett für 3,49 Euro das Kilo, ein Liter Milch für unter einen Euro, Salatgurken für 39 Cent das Stück gaukeln vor, dass Lebensmittel billig sind und für jedermann erschwinglich.

Tatsächlich wird den Kunden das Geld, das die Produktion dieser vermeintlichen Billignahrung inklusive der angerichteten Umweltschäden tatsächlich kostet, woanders abgeknöpft.

Sie zahlen es über die Wasserrechnung, denn darin stecken die Kosten für die Reinigung des nitratbelasteten Wassers. Sie zahlen es mit ihren Krankenkassenbeiträgen, weil landwirtschaftliches Personal besonders hohe Kosten verursacht. Die vielen Antibiotika, die in der Massentierhaltung eingesetzt werden, führen bei ihnen zu gefährlichen Resistenzen und machen sie zu Risikopatienten.

Sie zahlen es über Steuern und Abgaben, mit denen die schlimmsten Folgeschäden der industriellen Landwirtschaft repariert werden sollen: Maßnahmen zum Hochwasserschutz etwa, weil die komprimierten und ausgelaugten Böden kaum noch Wasser aufnehmen. Klimaschutzprogramme, Programme zur Rettung der Meere und Arten.

Die heimliche Subventionierung von Umweltzerstörung wollen die Ökos nun offensiv bekämpfen. Der BÖLW fordert eine Stickstoffabgabe, eine Pestizidsteuer, eine Mengenbegrenzung für Dünger und Pflanzenschutzmittel. In der Landwirtschaft soll das Versacherprinzip Einzug halten, dann würde schnell sichtbar, wie viel die agro-industrielle Produktion in Wahrheit kostet.



Die wahren Kosten der konventionellen Landwirtschaft spiegeln sich nicht im Preis wider.

Müssten die konventionell wirtschaftenden Bauern die echten Kosten ihrer Produkte einpreisen, wären Bioprodukte mit einem Mal äußerst konkurrenzfähig.

„Ökolandbau muss als Goldstandard zum Leitbild für die deutsche Landwirtschaft werden“, sagt Prinz zu Löwenstein. „Die politischen Rahmenbedingungen, die nach wie vor auf eine intensive und ressourcenfressende Landwirtschaft ausgerichtet sind, müssen so gesetzt werden, dass sich deutlich mehr Bauern dauerhaft für Ökolandbau entscheiden.“

Für Martin Hofstetter, Agrarspezialist bei Greenpeace, ist das der richtige Weg. Statt Bio in seiner Nische zu pöppeln, sollten die Gesetze im konventionellen Bereich so verschärft werden, dass sie sich den Biorichtlinien annähern.

Diesen steinigen Weg hat Christian Meyer eingeschlagen, seit Februar 2013 Niedersachsens grüner Agrarminister – und das im Bundesland mit der intensivsten Tierhaltung. In Niedersachsen leben 64 Millionen Masthühner, mehr als 18 Millionen Legehennen, über 2,5 Millionen Rinder und 8,7 Millionen Schweine. Dementsprechend mächtig ist der Bauernverband, Landvolk genannt.

Trotz dessen Gezeter bleibt der Minister bei seiner Überzeugung: „Wir haben eine der größten Massentierhaltungsdichten in Europa. Eine solche Tierhaltung wird schlicht nicht mehr akzeptiert.“ Mithilfe eines entsprechenden Bundesgesetzes will er den massiven Antibiotikaverbrauch in den Ställen in fünf Jahren um die Hälfte senken. Er kämpft für eine strengere Düngeverordnung, um die Stickstoffemissionen und die Nitratbelastung des Grundwassers zu verringern.

Meyer hat Obergrenzen für Tierbestände festgelegt. Wer mehr als 30 000 Masthühner, 15 000 Legehennen, 1500 Schweine oder 300 Rin-

der hält, bekommt keine Stallbauförderung mehr. Für Schweineställe mit mehr als 2000 Tieren wurde eine Filterpflicht eingeführt, auch für Hühnerställe soll sie kommen. Die Auflagen für neue Massentierhaltungsbetriebe wurden verschärft. Außerdem will Meyer die Zahl der gehaltenen Schlachttiere von ihrem Gesundheitszustand abhängig machen. „Wir wollen die Tiere künftig nicht mehr an die Ställe anpassen, sondern die Haltung an die Bedürfnisse der Tiere“, sagt er.

Die Megaschlachthöfe, in denen nonstop getötet wird, erhalten in Niedersachsen keine Subventionen mehr. Dafür wurde die Bioprämie erhöht. Es gibt Sondervergütungen für kleine Betriebe, für das Anlegen von Grünstreifen, für tiergerechtere Ställe. Vom kommenden Jahr an bekommen auch konventionell wirtschaftende Bauern eine Tierschutzprämie, wenn sie für ihr Vieh bessere Lebensbedingungen schaffen.

67 neue Stellen hat Meyer geschaffen, unter anderem in den Bereichen Futtermittel- und Lebensmittelüberwachung und einer neuen Task Force Verbraucherschutz. Die Task Force soll künftig dazu beitragen, Verstöße im Lebensmittel- oder Futtermittelbereich schnell aufzuspüren. Wer bei Kontrollen auffällt, muss die nötige Folgekontrolle selbst bezahlen. Auch die amtlichen Regelkontrollen sollen künftig grundsätzlich gebührenpflichtig sein. Und voraussichtlich im Lauf des nächsten Jahres wird es ein Nährstoffkataster geben, um die Überdüngung der Böden zu stoppen und eine Kontrolle über die ausgebrachte Gülle zu gewährleisten.

Außerdem denkt der Minister laut über eine Negativkennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte nach: „Wenn auf einer Verpackung steht: Diesem Huhn wurde der Schnabel gekürzt oder diesem Schwein der Ringelschwanz abgeschnitten, weil sie sich sonst in qualvoller Enge selbst verletzen, hätte das sicher Wirkung.“

Es sind viele kleine Weichenstellungen, mit denen Meyer versucht, die Agrarwende einzuleiten. Der Widerstand ist enorm. Vertreter des Landvolks beschimpfen ihn als „Amateur ohne Sachverstand“, der Arbeitsplätze gefährde. Der Gescholtene bleibt unbeirrt: „Die Zeit ist reif für eine Agrarwende, weil die große Mehrheit der Gesellschaft und auch viele Landwirte sie wollen. Manchmal muss man auch mit Gesetzen nachhelfen.“

Damit die Biobranche als globale Alternative taugt, muss sie allerdings ihre Glaubwürdigkeit wiedergewinnen. „Wir müssen zurück zum Leitbild des bäuerlichen Betriebs“, sagt Bioland-Chef Jan Plagge. „In einen Bioland-Betrieb muss jederzeit ein Kamerateam kommen können. Sonst hat das alles keinen Zweck.“

Michael Fröhlingsdorf, Nils Klawitter, Michaela Schießl

